



# Antrag

Vorlage: AT/0032/2018		Datum: 05.03.2018	
Verfasser:	08-AfD-Ratsfraktion	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Antrag der AfD-Ratsfraktion: Soziale Folgen berücksichtigen - Kein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in Koblenz!</b>			
Gremienweg:			
15.03.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE
	öffentlich		abgesetzt
			geändert

## Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat spricht sich gegen ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in der Stadt Koblenz aus.

## Begründung:

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass Städte Fahrverbote für Dieselaautos zur Luftreinhaltung verhängen dürfen. Dies stelle keinen unverhältnismäßigen Eingriff in die Eigentumsrechte der Autobesitzer dar. Die Folgen eines solchen Fahrverbotes sind nicht absehbar. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass schwerwiegenden ökonomischen sowie sozialen Folgen lediglich minimale Verbesserungen bei der Luftreinheit gegenüberstehen.

### Ökonomische und soziale Folgen

Ein solches Fahrverbot wird insbesondere Pendler, die auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, sowie zahlreiche Handwerksbetriebe und Lieferanten treffen, die für das alltägliche städtische Leben essentiell wichtige Arbeit leisten. Darüber hinaus gefährdet ein solches Fahrverbot große Teile der deutschen Autoindustrie und somit Millionen Arbeitsplätze. Ein Fahrverbot träfe also in erster Linie den einfachen Bürger und Individualdienstleister, welche sind oftmals finanziell nicht in der Lage sind, ihre „Fahrzeugflotte“ entsprechend zu modernisieren. Dies hätte mit Sicherheit einen Rückgang des Auftragspensums und somit ein weiteres Sterben handwerklicher Betriebe zur Folge.

### Stickoxid- und Feinstaubbelastung in Koblenz

Der Ausstoß von Stickoxiden ist seit dem Jahr 1990 bereits um 69 Prozent gesunken. Im Jahr 2017 erreichten die Messwerte in Koblenz nach Angaben des Umweltbundesamts im Durchschnitt den erlaubten Grenzwert. 2016 hatte Koblenz den EU-Grenzwert für Stickoxide noch überschritten. Es lassen sich also bereits signifikante Verbesserungen feststellen. Als Grund für die Stickoxidbelastung werden häufig die vielen in Koblenz tätigen Pendler genannt. Dies kann allerdings angezweifelt werden. Pendler bewegen sich in der Regel nur wenige Kilometer am Tag in die Stadt hinein und wieder

heraus. Um die Stickoxidbelastung effizient und dauerhaft zu reduzieren, müssen insbesondere ältere Diesel, die täglich größere Strecken innerhalb der Stadt zurücklegen, aus dem Verkehr gezogen werden. Das gilt insbesondere für Busse. Im Dezember 2017 hatte die Stadt Koblenz vom Bund mehr als 200.000 Euro bekommen, um die Luft in der Stadt zu verbessern. Die Stadt wollte das Geld unter anderem nutzen, um alte Dieselfahrzeuge zu ersetzen und insbesondere Elektrobusse zu kaufen. Eine solche flächendeckende Umrüstung der Busflotte wäre mit Sicherheit ein wirksamer Schritt zur Reduktion des Stickoxidausstoßes – wobei selbstverständlich auch die Ökobilanz der Elektrobusse kritisch hinterfragt werden muss.

Ähnliche Zahlen finden sich bezüglich des Ausstoßes von Feinstaub. Das Umweltbundesamt erwartet, dass im Jahr 2020 mehr Feinstaub durch Zigaretten, Feuerwerk und Grillen entsteht, als durch Personenkraftwagen. Hinzu kommt, dass bereits die Messmethoden kritisch gesehen werden müssen. Sie finden nur punktuell, an bestimmten Verkehrsknotenpunkten, statt und lassen kaum eine Aussage über den Gesamtzustand der Luftqualität in einer Stadt zu.

Laut den Daten des Umweltbundesamtes kam es in Koblenz im Jahr 2016 insgesamt nur zu einer Überschreitung des Tagesmittelwertes von  $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ . Im Jahr 2017 waren es insgesamt 10 Überschreitungen. Davon fanden sechs im Januar und vier im Februar statt. Im Jahr 2018 kam es bisher zu vier Überschreitungen. Eine solche kurzfristige Konzentration von Feinstaub kann z.B. durch Baumaßnahmen in der Nähe der Messstation oder erhöhtes Verkehrsaufkommen aufgrund einer Baustelle zustande kommen. Im Vergleich dazu kommt es an Verkehrsknotenpunkten wie dem Neckartor in Stuttgart teilweise monatlich zu mehr Überschreitungen als in Koblenz im Gesamtjahr. Im Vergleich zu anderen Ballungszentren ist Koblenz also eine nur wenig feinstaubbelastete Stadt.

Ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge ist dementsprechend nicht notwendig.

Die AfD-Ratsfraktion

Joachim Paul, Stellvertretender Vorsitzender, MdL